

## Aufruf vom Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen an die politisch Verantwortlichen – Gezi-Park

Geschäftsstelle  
c/o Deutsch-Türkisches  
Forum Stuttgart  
Europahaus  
Nadlerstraße 4  
70173 Stuttgart  
Telefon 0711 · 24 84 99 51  
Telefax 0711 · 24 84 99 52  
E-Mail [ntm@dtf-stuttgart.de](mailto:ntm@dtf-stuttgart.de)

Stuttgart, 18. Juni 2013

Mit großer Sorge blickt das Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen auf die schockierenden Bilder, die zeigen, wie in Istanbul und anderen Städten in der Türkei gegen friedliche Demonstranten vorgegangen wird. Die seit mehr als zwei Wochen in der Türkei laufenden Demonstrationen bewegen auch Menschen in Deutschland. Das Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen erklärt sich solidarisch mit den friedlichen Demonstrierenden in der Türkei.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie aus einer Demonstration für einen kleinen Park im Herzen Istanbuls – dem Gezi-Park – eine landesweite Demonstration für eine liberalere und demokratischere Gesellschaft in der Türkei entstanden ist. Dabei geht die türkische Polizei bislang brutal und völlig unverhältnismäßig gegen die Demonstrierenden mit Wasserwerfern und Tränengas vor.

Mit massiver Gewalt hat die türkische Polizei am Abend, 15.06.2013 den Gezi-Park in Istanbul gestürmt. Verletzte flüchteten in Hotels, wurden aber auch dorthin von Sicherheitskräften verfolgt. Das Einsetzen von massiver Polizeigewalt mit Tränengas und Wasserwerfern auf die Menschen, auch auf Kinder und Familien, erinnert uns an Kriegsszenen. Es gibt tausende von Verletzten, unter ihnen zahlreiche Menschen mit Gehirnerschütterung. Hinzu kommt, dass der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan mit seinen provozierenden Äußerungen im Hinblick auf die Ereignisse weitere Gegenreaktionen auslöst. Das alles hat zu einer Dynamik der Protestbewegung beigetragen, die nunmehr in fast allen Provinzen der Türkei angekommen ist. Dabei ist zu beobachten, dass sich zu den Demonstrationen Menschen zusammenfinden, die verschiedene ethnische, religiöse und politische Hintergründe haben. Das hat es in der Türkei bisher in dieser Form noch nie gegeben und zeigt die Entstehung einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Die Ereignisse in der Türkei blieben auch in Deutschland nicht ohne Reaktion: Die bundesweiten Demonstrationen hierzulande zeigen, dass die Einwanderungsgesellschaft auch dazu führt, dass sie die Ereignisse außerhalb der Grenzen beobachten und auf sie reagieren müssen. Denn sie bewegen und berühren die Menschen in unserem Land. Dieser internationalen Solidarität schließt sich das Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen an.

Deshalb fordert das Netzwerk die politisch Verantwortlichen in der Türkei auf, die völlig überzogene Gewaltanwendung der Polizei zu beenden und alle

friedlichen Demonstranten, die verhaftet wurden freizulassen und auch, dass die politisch Verantwortlichen jedwede verbale Provokation unterlassen und die für die gewaltsamen Ereignisse verantwortlichen Beamten zur Verantwortung ziehen. Die Bundesregierung sollte Ministerpräsident Erdoğan unmissverständlich klar machen, dass die Wahrnehmung von Bürgerrechten nicht mit Gewalt durch die Polizei beantwortet werden darf.

**Pressekontakt:**

**Ergun Can**, Vorstandssprecher Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen,  
Stadtrat in Stuttgart (SPD), Mobil: 0172 7496973